

Pressemitteilung

DSLVL warnt vor Überregulierung

Speditionen befürchten zusätzlichen administrativen Ballast

Berlin, 11. Juni 2021. Mit Blick auf die kommende Legislaturperiode warnt der DSLVL Bundesverband Spedition und Logistik davor, unternehmerisches Leistungsvermögen durch Überregulierung und Bürokratie zukünftig immer weiter einzuengen. Gesetze zur Verbesserung des Klimaschutzes, zur Arbeitnehmermitbestimmung, zum Datenschutz und zur Beachtung von Menschenrechten adressieren aus Sicht des DSLVL grundsätzlich richtige Themen, doch bürdet die Politik der Wirtschaft immer höhere administrative Lasten auf und reflektiert nicht ausreichend die Wirkung ihrer Entscheidungen.

Bei einem LogistikTalk im Rahmen der Mitgliederversammlung des DSLVL am 10. Juni 2021 appellierte DSLVL-Präsident Axel Plaß vor Bundestagsabgeordneten von CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP: „Die hohe unternehmerische Verantwortung enthält neben der wirtschaftlichen ohne Zweifel auch eine soziale und gesellschaftliche Komponente. Handlung und Haftung liegen in einer Hand. Dieses wichtige Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft gerät aber zunehmend in ein Missverhältnis. Unternehmensinhaber, die für den Unternehmenskurs geradestehen, müssen auch weiterhin die Zügel in der Hand behalten.“

Ausgerechnet in der Hochphase grundsätzlich positiver Erfahrungen bei Arbeitgebern und Beschäftigten und daraus resultierender hoher Akzeptanz bei den Unternehmen will die Bundesregierung zusätzlich ein Gesetz zur Durchsetzung eines arbeitnehmerseitigen Rechtsanspruchs auf Homeoffice erlassen und kehrt darin die Darlegungspflicht zu Lasten des Arbeitgebers um.

Anstatt gemeinsam mit der Wirtschaft eine EU-weite Lösung für die Stärkung von Menschenrechten, Arbeitsschutzaufgaben und Umweltschutz in globalen Beschaffungswegen und Dienstleistungsbeziehungen voranzutreiben, prescht Deutschland jetzt mit einem nationalen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vor. Größere deutsche Logistikhäuser werden ab 1. Januar 2023 ein globales Risikoanalyse- und Monitoring-System unter Einbezug ihrer Transportdienstleister einrichten müssen – oftmals ohne ausreichende Daten

Pressekontakt:

Maximilian Pretzel
Referent Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: +49 (0) 30 40 50 228-12
Telefax: +49 (0) 30 40 50 228-88
E-Mail: MPretzel@dslv.spediteure.de

www.dslv.org
twitter.com/DSLVL_Berlin

und im Wettbewerb mit Logistikhäusern anderer Nationen, die hiervon nicht betroffen sind.

Platz: „Der Gesetzgeber verhält sich widersprüchlich. Einerseits gründet er seine Aktivitäten zunehmend auf Generalverdacht und fehlendes Vertrauen in die Eigenverantwortung der Wirtschaft - andererseits delegiert er hoheitliche Überwachungsaufgaben, insbesondere für die Einhaltung von Sozialstandards, zunehmend vom Staat an die Unternehmen. Anstatt die behördlichen Kontrollintensitäten zu verschärfen und schwarze Schafe konsequent zu bestrafen, werden immer neue Gesetze erlassen. Dabei geht es den Betrieben nicht allein um Kosten, sie leiden zu oft unter administrativem Ballast.“

Abzuwarten bleibt auch, wie die Bundesregierung der nächsten Legislaturperiode die politisch entschiedenen Klimaschutzziele durchsetzen wird. Platz: „Überlegungen für eine klimapolitische Planwirtschaft und für Verlagerungsdirigismus sind fehl am Platze. Stattdessen setzt die Logistikbranche auf Anreize, insbesondere auf die Fortschreibung bereits eingeleiteter Förderprogramme.“ Und abschließend: „Die Politik muss sich bei allen gesellschaftlichen Fragen am Machbaren orientieren – dann bekommt sie auch die volle Unterstützung der Speditionsbranche.“

Als Spitzen- und Bundesverband repräsentiert der DSLVL durch 16 regionale Landesverbände die verkehrsträgerübergreifenden Interessen der 3.000 führenden deutschen Speditions- und Logistikbetriebe, die mit insgesamt 604.000 Beschäftigten und einem jährlichen Branchenumsatz in Höhe von 113 Milliarden Euro wesentlicher Teil der drittgrößten Branche Deutschlands sind (Stand: Juli 2020). Die Mitgliederstruktur des DSLVL reicht von global agierenden Logistikkonzernen, 4PL- und 3PL-Providern über inhabergeführte Speditionshäuser (KMU) mit eigenen LKW-Flotten sowie Befrachter von Binnenschiffen und Eisenbahnen bis hin zu See-, Luftfracht-, Zoll- und Lagerspezialisten. Der DSLVL ist politisches Sprachrohr sowie zentraler Ansprechpartner für die Bundesregierung, für die Institutionen von Bundestag und Bundesrat sowie für alle relevanten Bundesministerien und -behörden im Gesetzgebungs- und Gesetzumsetzungsprozess, soweit die Logistik und die Güterbeförderung betroffen sind.